

Workshop „**Integration in den Kommunen stärken und Ressentiments abbauen**“ zum Kommunalkongress vom 21. September 2024

Mit Benjamin Rauer, MdL – Sprecher für Flucht, Arbeit und Religion der grünen Landtagsfraktion NRW

Politische Verschärfungen im Asylbereich werden nicht zu weniger Zuwanderung führen. Daher gibt es weiterhin die Notwendigkeit des angemessenen Umgangs mit Geflüchteten vor Ort. Zwangsläufig besteht eine Unterscheidung zwischen Menschen aus der Ukraine und Menschen aus anderen Herkunftsländern: Ukrainer*innen planen aufgrund der Beschaffenheit des Krieges häufiger die Rückkehr. Dennoch ist die Ungleichbehandlung von Geflüchteten selbstverständlich aus grüner Sicht abzulehnen. Ziel einer menschenwürdigen kommunalen Integrationspolitik muss es sein, Fehler, die im Zuge der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ gemacht wurden, nicht zu wiederholen.

Unterbringungskapazitäten wie Turnhallen sind keine angemessenen Einrichtungen zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Daher ist es richtig und wichtig, dass das Land gerade langfristig mehr Unterbringungskapazitäten schafft. Menschen lediglich zu „verwahren“ ist eine große Belastung für die Betroffenen selbst, für das Umfeld und auch für die Haushalte; dagegen sind kleinere Einheiten begrüßenswert.

Integration und Flucht werden derzeit als problembehaftete Themenkomplexe wahrgenommen. Dabei macht Zuwanderung lediglich bestehende Lücken sichtbarer (bezahlbarer Wohnraum, fehlende KiTa-Plätze etc.).

Gute Sozialpolitik ist deshalb sowohl gute Integrationspolitik als auch essenziell für den sozialen Zusammenhalt.

Die Teilnehmenden berichteten aus der Praxis in ihren Kommunen, dass die Vorlaufzeiten bei Zuweisungen zu knapp seien oder Informationen über individuelle Bedarfe der Geflüchteten fehlen. Eine Abwendung von Obdachlosigkeit kann nicht das alleinige Ziel sein.

Nicht immer ist in den Kommunen klar, welche Maßnahmen in den Landesunterkünften umgesetzt wurden, beispielsweise beim Impfschutz.

Als weiteres Thema wurde viel zu Arbeit diskutiert. Klar ist, dass Wege in Arbeit individuell sind und Bürokratie die Anerkennung von Qualifikationen erschweren kann.

Integration braucht neben politisch vereinfachten Wegen zur Teilhabe an der Gesellschaft gutes Personal, das Menschen beim Gestalten ihrer individuellen Lebenswege unterstützt. Die offene Gesellschaft muss gelebt, nicht nur verwaltet werden.